

TOP 3.7.7 “Austerity & Wage Reduction: The Downfall of the Eurozone?” – Veranstaltungsbericht

1. Hintergrund

Am 1. Februar 2017 lud AK EUROPA gemeinsam mit dem ÖGB Europabüro, der Arbeitskammer Saarland, der Arbeitnehmerkammer Luxemburg und der IG Metall zu der Veranstaltung „*Austerity and Wage Reduction: The Downfall of the Eurozone?*“ in die Räumlichkeiten der Ständigen Vertretung Österreichs in Brüssel. Die Veranstaltung wurde von rund 130 Personen, die vorwiegend bei europäischen Institutionen tätig sind, besucht.

Präsentiert wurde eine von der AK Saarland und der AK Luxemburg in Auftrag gegebene Studie von Jörg Bibow und Heiner Flassbeck zur verhängnisvollen Kombination von Austeritätspolitik und Lohnsenkungen in den sogenannten Krisenländern der Eurozone. Im Anschluss fand eine Podiumsdiskussion mit AK Präsident Rudi Kaske, IG Metall Vorstand Wolfgang Lemb, Katja Lehto-Komulainen vom EGB, dem Leitenden Sekretär des ÖGB Bernhard Achitz und Heiner Flassbeck statt. Moderiert wurde die Diskussion von Carina Webel, der Leiterin der wirtschaftspolitischen Abteilung der AK Saarland.

Eröffnet wurde der Abend mit Begrüßungsworten von **Hans Peter Kurtz**, Präsident der AK Saarland, der die gute Zusammenarbeit der europäischen Arbeiterkammern hervorhob. **Alain Fickinger**, der Vizepräsident der AK Luxemburg, verwies auf den ‚tödlichen Cocktail‘ aus Haushaltskonsolidierung und Reallohnsenkungen.

2. Aktuelle Studie zu Austeritätspolitik und Lohnsenkung

Im Anschluss präsentierte **Jörg Bibow**, Professor für Volkswirtschaft am Skidmore College, die gemeinsam mit **Heiner Flassbeck** verfasste Studie „*Fiskalische Austeritätspolitik und Lohnsenkung: Eine fatale, aber unverstandene Kombination als ‚Anpassungs-Programm‘ in den Eurokrisenländern*“.

In dieser Studie identifizieren die beiden Autoren das Zusammenspiel von EU-weiter Austeritätspolitik und Reallohnsenkungen als eigentliches Übel der langandauernden Wirtschaftskrise, getrieben von falschen und unrealistischen Annahmen neoliberaler Wirtschaftstheorie. Insbesondere die sogenannten Multiplikator-Effekte von drastischen Einschnitten bei öffentlichen Investitionen seien viel zu niedrig angesetzt worden.

Bibow und Flassbeck sprechen sich für eine grundlegende Kursänderung aus. Es bedarf dringend einer drastischen Erhöhung öffentlicher Investitionen insbesondere in jenen Ländern, die deutliche Leistungsbilanzüberschüsse haben (allen voran Deutschland). Als mögliches Finanzierungsinstrument schlagen Flassbeck und Bibow einen „Euro-Schatzamt-Plan“ vor.

3. Diskussionsbeiträge

In der anschließenden Podiumsdiskussion betonte AK Präsident **Rudi Kaske** die hohe Relevanz der Studie, um die falsche EU-Krisenpolitik wissenschaftlich zu entzaubern. Gesamteuropäische Herausforderungen wie der BREXIT und das Erstarken rechtspopulistischer Parteien müssten vor dem Hin-

tergrund der tiefgreifenden ökonomischen, politischen und sozialen Krisen verstanden werden. Die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort erhält auch im Rahmen der zunehmenden sozialen Ungleichheiten immer mehr Bedeutung. Die Goldene Investitionsregel sei eine wichtige erste Forderung, um den Umdenkprozess in Europa anzustoßen. Die Sorgen und Bedürfnisse der Menschen, insbesondere der jungen Generationen, müssten in Europa wieder ernst genommen werden.

Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, äußerte sich ebenfalls kritisch zur europäischen Austeritätspolitik und zu dem so genannten „Juncker-Plan“ (EFSI). Europa brauche insgesamt einen diametral entgegengesetzten Politikansatz, der die grundlegende und multidimensionale Krise beenden kann. Gerade vor dem Hintergrund der erstarkenden Rechten und den neuen Herausforderungen aus den USA müsse das Friedensprojekt Europäische Union gestärkt werden, so Lemb.

Auch **Katja Lehto-Komulainen**, die neue stv Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), betonte die Notwendigkeit, mehr und vor allem bessere Jobs zu schaffen, die kollektivvertraglich, auf sozialem Dialog aufbauend, abgesichert sind. Auch sie meinte, dass der EFSI den Ländern, die es am meisten bräuchten, wenig Unterstützung bietet.

Bernhard Achitz, der leitende Sekretär des ÖGB, brach eine Lanze für die heterodoxe Ökonomie. Er forderte, logische wirtschaftliche Zusammenhänge – wie den zwischen Austeritätspolitik, sinkendem Lohnniveau und fallender Kaufkraft – verstärkt an den Universitäten zu lehren und gegen die dort vorherrschende Stellung neoliberaler Theorien vorzugehen. Das derzeit noch in Arbeit befindliche Weißbuch der Europäischen Kommission, das im März erscheinen soll, ließe jedoch keine Abkehr von der strengen Haushaltsdisziplin der öffentlichen Hand erkennen.

Als einer der beiden Studienautoren nahm auch **Heiner Flassbeck** an der Paneldiskussion teil. Er betonte hier neuerlich, wie wichtig es wäre, jetzt zu handeln, bevor rechtspopulistische Parteien, die Lösungen versprechen, aber tatsächlich keine haben, an die Macht kommen und die EU an sich in Frage stellen könnten. Eine fundamentale Korrektur der Lohnpolitik sei nötig, und das sei grundlegende Aufgabe der Gewerkschaften. Selbst die Linken in Europa scheuten davor zurück, Schulden für Unternehmen oder Staaten zu fordern. Staaten müssten sich aber verschulden, denn wenn die Tatsache, dass es gesamtwirtschaftlich ohne Schulden auch keine Investitionen geben kann, vergessen werde, verschlimmere sich die Krise noch weiter.